



# EWSA info



## LEITARTIKEL

Der EWSA:  
Europa  
zusammen mit  
den Menschen  
gestalten

Liebe Leserinnen und Leser,

2015 war für Europa ein Jahr voller Herausforderungen: die Euro-Krise, politische und wirtschaftliche Turbulenzen in einigen Mitgliedstaaten und zu alledem auch noch der Zustrom Hunderttausender Flüchtlinge und Migranten in die EU.

Hinzu kommen die zu hohen Arbeitslosenquoten (insbesondere unter jungen Menschen), die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels und der latente Terror radikaler Islamisten.

2016 steht viel auf dem Spiel und wir alle müssen uns an der Suche nach den besten und richtigen Lösungen beteiligen.

Europa muss sich neu aufstellen: Die EU sollte so werden wie ein gut organisiertes Unternehmen, mit starker und partizipativer Führung und konzentrierten Maßnahmen zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Vorrangig ist die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, eines unverzichtbaren Instruments für einen gemeinsamen Währungsraum. Eine echte europäische Asyl- und Migrationspolitik muss her. Vor uns liegt ein aufgabenreiches Jahr, und wir müssen unverzüglich die nötigen Regelungen treffen.

Wir müssen mutig und realitätsnah handeln und das Wohlergehen der Menschen in Europa im Blick haben. Die Zivilgesellschaft zeigt uns den Weg, und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wird als Stimme der organisierten Zivilgesellschaft seine Bemühungen intensivieren, um den ihm gebührenden Platz in der Politikgestaltung der EU einzunehmen und dafür zu sorgen, dass die europäische Politik mit den Menschen und für sie gemacht wird.

Gonçalo Lobo Xavier

Für Kommunikation zuständiger Vizepräsident des EWSA

## BITTE VORMERKEN

17./18. Februar 2016 /  
EWSA, Brüssel:  
EWSA-Plenartagung

## IN DIESER AUSGABE

**2** Migranten und Flüchtlinge im Mittelpunkt der Dezember-Plenartagung des EWSA

**3** Niederländischer Ratsvorsitz der EU: Konzentration auf das Wesentliche

**4** GAP: Vereinfachung erfordert gesunden Menschenverstand. EWSA drängt in seiner Stellungnahme auf weniger Bürokratie für Landwirte

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft  
Januar 2016 | DE

## Jakobspilger fordern die EU-Entscheidungsträger auf, einen Tag lang Behinderungen hautnah zu erleben

Am 14. Dezember 2015 zeigte der EWSA in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen den Film „El desorden de los sentidos“ („Störung der Sinne“) über Antonio und Gerardo, zwei junge Radsportler mit einer Behinderung, die 2013 mit ihren Familien den Jakobsweg nach Santiago de Compostela mit dem Fahrrad zurückgelegt hatten. Das Team machte nun Station in Brüssel, um darauf aufmerksam zu machen, mit welchen Schwierigkeiten Menschen mit Behinderungen in ihrem Alltag konfrontiert sind, und um auf die künftige EU-Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.

Diese Veranstaltung, die anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen und unmittelbar nach der Veröffentlichung des neuen EU-Rechtsaktes über Barrierefreiheit stattfand, war ein wichtiger Meilenstein für behinderte Menschen in Europa. Das Filmteam und die beiden Familien wiesen darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Bedürfnisse oft außer Acht gelassen werden. Die Familien berichteten dem EWSA, dass ungeachtet der großen Erfolge, die bereits erzielt werden konnten, einige ganz einfache Dinge des Alltags für behinderte Menschen nach wie vor mit großen Herausforderungen verbunden seien, so zum Beispiel der Zugang zu öffentlichen Plätzen, zum Arbeitsmarkt



Irene Hens, Filmproduzentin, Alejandro González Salgado, Filmdirektor, Javier Luque, Vater von Antonio Luque Aumente, Gerardo Fernández Costa und Javier Pitillas, sein Coach

sowie zu sozialen und öffentlichen Dienstleistungen. Auf die Frage von Pavel Trantina, EWSA-Mitglied und Vorsitzender der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (SOC), der Gerardo und Antonio eingeladen hatte und die Moderation führte, welche Botschaft sie für die EU-Institutionen hätten, antwortete Javier Luque, Antonios Vater: „Die Entscheidungsträger der EU sollten, bevor die endgültige Fassung des Rechtsaktes über Barrierefreiheit verabschiedet wird, einen Tag lang die alltäglichen Herausforderungen eines behinderten Menschen selbst erleben und kennenlernen.“

Pavel Trantina sagte: „Für die EU bleibt noch viel zu tun, bis sie die Anforderungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollständig erfüllt. Die

seit langem erwartete Veröffentlichung des EU-Rechtsaktes über Barrierefreiheit durch die Europäische Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir müssen Menschen, die wie Gerardo und Antonio mit Behinderungen leben, stärker ins Blickfeld rücken und dafür sorgen, dass ihre Bedürfnisse erfüllt werden.“

Der EWSA wird Anfang 2016 eine Stellungnahme zum neuen Rechtsakt über Barrierefreiheit erarbeiten, in die auch die Aussagen von Gerardo und Antonios Vater einfließen werden. Darüber hinaus hat der EWSA eine ständige Studiengruppe eingesetzt, um die Umsetzung des UN-Übereinkommens zu überwachen, an der Politikgestaltung der EU zu diesem Thema mitzuwirken und die Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Behindertenverbände, zu erleichtern. (aj)

## EWSA-Preis der Zivilgesellschaft 2015: fünf Organisationen für Armutsbekämpfung ausgezeichnet



Die fünf Preisträger-Organisationen auf der EWSA-Plenartagung

Die fünf ausgezeichneten Initiativen stehen stellvertretend für die Arbeit, die tausende Freiwilligengruppen und NRO in ganz Europa leisten. Jedes der Projekte geht das für 2015 gewählte Thema „Armut“ auf eigene Weise an. Die deutsche und die finnische Initiative erhielten je ein Preisgeld in Höhe von

11 500 Euro. Die drei Initiativen aus Irland, Frankreich und Polen wurden mit jeweils 9 000 Euro ausgezeichnet.

Alle Organisationen wurden gefragt, welche Auswirkungen der Preis auf ihre Arbeit haben wird:

### Preisträger des 1. Preises Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. (Deutschland)

„Der Preis der Zivilgesellschaft wird unseren guten Ruf festigen, der die finanzielle Grundlage für unsere Arbeit sichert, und er wird zudem unsere Position stärken, wenn wir uns auf der politischen Bühne für eine bessere Gesundheitsversorgung von Menschen in Not einsetzen. Das Gefühl, Seite an Seite mit einer Institution wie dem EWSA

>>> Seite 2





# Migranten und Flüchtlinge im Mittelpunkt der Dezember-Plenartagung

Migration und Flüchtlingskrise standen im Mittelpunkt der Dezember-Plenartagung des EWSA. Das Plenum verabschiedete vier Stellungnahmen zu verschiedenen Aspekten der Migration (siehe *Kasten unten*), vom Aktionsplan gegen Schleusung über die europäische Migrationsagenda und die Erstellung einer Liste sicherer Herkunftsstaaten bis hin zur Einführung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen.

Zudem verabschiedete der EWSA eine Entschließung zur Flüchtlingskrise, die Sie weiter unten auf dieser Seite nachlesen können.

Für den EWSA hat der unterschiedliche Umgang der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten mit dem Zustrom Hunderttausender Flüchtlinge und Migranten deutlich gemacht, dass Europa dringend ein wahrhaft

gemeinsames Asylsystem mit vereinheitlichten Verfahren benötigt. Die derzeit komplexe Situation erfordert gemeinsame Anstrengungen zur Unterbringung der Flüchtlinge und ihrer Verteilung innerhalb der EU. Nach Ansicht des EWSA sollte der neue Umsiedlungsmechanismus dauerhaft gelten. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Europa seine Grenzen vornehmlich durch gemeinsame und nicht durch einzelstaatliche Maßnahmen schützt.

„Wir brauchen mehr Verantwortung, mehr Solidarität und mehr Europa“ lautete die gemeinsame Forderung des Plenums. Der EWSA erinnerte die Mitgliedstaaten daran, dass die EU auf der Solidarität zwischen allen Mitgliedstaaten fußt und dass dieses System bis vor Kurzem einwandfrei funktioniert hat. (sma/dm) ●

## EWSA-Entschließung zu Flüchtlingen

Auf seiner Plenartagung am 9./10. Dezember 2015 verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss am 10. Dezember mit 174 gegen 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen die folgende Entschließung.

*Der EWSA würdigt vorbehaltlos die wichtige Arbeit der Zivilgesellschaft beim Umgang mit den Flüchtlingen, die aus vom Krieg zerrütteten Ländern fliehen und daher Anspruch auf Schutz nach dem Genfer Abkommen haben. Ohne diesen Einsatz hätte die tragische humanitäre Situation, die in vielen europäischen Ländern entstanden ist, in eine Katastrophe münden können. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist fest entschlossen, diese Tatsache beim Namen zu nennen und damit zu gewährleisten, dass sie von den EU-Institutionen, den Regierungen und anderen politischen Akteuren gebührend berücksichtigt wird.*

*Der EWSA organisiert derzeit Besuche bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die den Flüchtlingen in elf Mitgliedstaaten (Ungarn, Polen, Malta, Griechenland, Deutschland, Österreich, Slowenien, Bulgarien, Schweden, Italien, Kroatien) und in der Türkei Hilfe anbieten. Diese Länder sind durch den Zustrom von Flüchtlingen am meisten betroffen. Als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft gegenüber den EU-Institutionen werden wir ihr auf europäischer Ebene Gehör verschaffen.*

*Der EWSA ist der Ansicht, dass es die derzeitige Situation erforderlich macht, dass die EU sichere humanitäre Korridore für Flüchtlinge aus Ländern einrichtet, die von Krieg betroffen und durch Terrorismus bedroht sind, und dass dies in Zusammenarbeit mit den Ländern geschehen muss, in denen sich die meisten Flüchtlinge aufhalten. Darüber hinaus muss ein echtes gemeinsames europäisches Asylsystem geschaffen werden, das auf unionsweit harmonisierten Verfahren beruht. Dies impliziert einen einheitlichen Asylstatus und die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen, gemeinsame Verantwortung und Solidarität, Umsiedlungs- und Neuanstellungsmaßnahmen sowie eine überarbeitete Dublin-Verordnung. Darüber hinaus braucht es solidarische und tragfähige Systeme des Lastenausgleichs, wobei ein permanenter fairer und verbindlicher Schlüssel zur Verteilung der Schutzsuchenden auf alle Länder der EU der erste Schritt wäre. Wegen der außergewöhnlichen Umstände und im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sollten die zusätzlichen Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen nach eingehender Prüfung nicht in die Berechnung der öffentlichen Defizite der Mitgliedstaaten einfließen.*

*Der EWSA ist darüber hinaus äußerst besorgt über die gegenwärtige Aushöhlung des Schengen-Abkommens und des*

*Grundsatzes der Freizügigkeit, der zu den fundamentalen Errungenschaften zum Nutzen der Unionsbürger gehört. Es ist wichtig, die Außengrenzen der Schengen-Staaten angemessen zu sichern. Der Wiederaufbau von Grenzzäunen und Mauern im Innern trägt jedoch in keiner Weise dazu bei, die EU-Bürger einander näher zu bringen und die Unionsbürgerschaft zu fördern.*

*Es müssen auch unbedingt Sofortmaßnahmen gegen die Ursachen der derzeitigen Flüchtlingsströme ergriffen werden. Die EU muss in diesen Fragen mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten, und der EWSA fordert in diesem Zusammenhang, dass die Kommission die Menschenrechte und nicht nur auf Sicherheit ausgerichtete Überlegungen als Grundlage dieser Zusammenarbeit ansieht. Der EWSA unterstreicht außerdem, dass die Zivilgesellschaft in den Dialog mit Drittstaaten einbezogen werden muss.*

*Der EWSA mit seiner langen Erfahrung in Migrationsfragen, in den letzten Jahren vor allem im Rahmen des Europäischen Integrations-/Migrationsforums, vertritt die Auffassung, dass die Integration und Inklusion von Flüchtlingen in unsere Gesellschaften als ein Prozess in beide Richtungen angelegt sein muss, wobei den Sozialpartnern und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen mit den Regierungen und den lokalen Gebietskörperschaften eine wesentliche Rolle zukommt. Von vorrangiger Bedeutung sollten der Zugang zum Arbeitsmarkt und insbesondere die Anerkennung von Qualifikationen sowie erforderlichenfalls die Berufs- und Sprachausbildung sein. Die Europäische Union sollte eine Reihe von Maßnahmen in den Aufnahmelandern und in der EU auf den Weg bringen, um die Anträge auf Beschäftigung, Ausbildung und Anerkennung von Qualifikationen zu bündeln.*

*Um europaweit den notwendigen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, ist es von grundlegender Bedeutung, die Gleichbehandlung und die sozialen Rechte sowohl der Unionsbürger als auch der Flüchtlinge in Europa in vollem Umfang zu gewährleisten, wobei die schutzbedürftigsten Gruppen besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Frühzeitige Investitionen zur Eingliederung der Flüchtlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt sind wichtig, um ihnen zu helfen, ihr Leben neu aufzubauen, und um gleichzeitig potenzielle Konflikte mit der örtlichen Bevölkerung auf ein Minimum zu beschränken und höhere Kosten in der Zukunft zu vermeiden. Eine angemessene Mittelausstattung der kommunalen öffentlichen Dienstleistungen und ein ziviler Dialog zwischen den Flüchtlingen und der örtlichen Bevölkerung sind für die Verwirklichung dieser Ziele ausschlaggebend.* ●

## Das Migrationspaket

Folgende Stellungnahmen wurden auf der Plenartagung im Dezember 2015 verabschiedet:

### ● EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2015-2020)

Der EWSA befürwortet den Aktionsplan, spricht sich jedoch für einen umfassenderen Ansatz aus, in dem darauf geachtet wird, wie die EU geschleuste Migranten schützen und unterstützen wird. Er schließt sich der Forderung des UN-Generalsekretärs an, dass die EU erwägen sollte, mehr legale und sichere Wege nach Europa für Flüchtlinge und Migranten zu eröffnen, und empfiehlt, dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zur Ausübung seiner Arbeit in denjenigen Mitgliedstaaten, die besonderer Hilfe bedürfen, mehr Befugnisse zu verleihen, die Agenda für nachhaltige Entwicklung zu nutzen, um die tiefer liegenden sozioökonomischen Ursachen der Schleusung von Migranten anzugehen, sowie der systematischen Finanzierung jener zivilgesellschaftlichen Organisationen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die Migranten lebenswichtige Hilfe leisten.

Abstimmungsergebnis: 176 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen

### ● Eine gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten

Der EWSA empfiehlt, u.a. auf der Basis aktueller Informationen von Menschenrechtsorganisationen präzise Kriterien für die Aufnahme von Ländern in die Liste sicherer Herkunftsstaaten festzulegen. Er vertritt die Auffassung, dass das Konzept des sicheren Herkunftslands keinesfalls für Länder gelten darf, in denen die demokratischen Freiheiten missachtet werden. Zudem empfiehlt er eine flexiblere Vorgehensweise zur Aktualisierung der Liste, um zu gewährleisten, dass Veränderungen der Lage innerhalb einer angemessenen Frist Rechnung getragen werden kann. Des Weiteren ist er der Auffassung, dass es Menschenrechtsorganisationen, Ombudsmen sowie Wirtschafts- und Sozialräten ermöglicht werden sollte, eine Aktualisierung der Liste zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: 180 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen

### ● Die europäische Migrationsagenda

Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU ein wahrhaft europäisches Asylsystem mit einem einheitlichen Asylstatus und gegenseitiger Anerkennung von Asylentscheidungen, gemeinsamer Verantwortung und Lastenverteilung schaffen muss. Er ist der Ansicht, dass der Preis eines Verzichts auf Integration weit höher ist als der mit Integration verbundene Kostenaufwand und gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der EU-Außengrenzen unternommen werden müssen. Die gesamte EU-Außenpolitik muss darauf ausgerichtet werden, Herkunftsländern dabei zu helfen, in Bezug auf Sicherheit, Stabilität und Prosperität ein angemessenes Niveau zu erreichen. Die Ausgaben der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sind nicht in die Berechnung der strukturellen Haushaltsdefizite einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: 161 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen, 7 Enthaltungen

### ● Ein dauerhafter Umsiedlungsmechanismus im Rahmen des Dublin-Systems

Der EWSA fordert, den in Reaktion auf die aktuelle Flüchtlingskrise geschaffenen Umsiedlungsmechanismus in eine umfassende Strategie einzubetten, die auch ein dauerhaftes, faires und verbindliches Verfahren zur Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten vorsieht, und ruft die Europäische Kommission und die anderen EU-Institutionen auf, die Mitgliedstaaten aktiv bei der Schaffung angemessener Voraussetzungen für die Integration umgesiedelter Asylbewerber zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 152 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen, 13 Enthaltungen ●

## Fortsetzung von Seite 1 EWSA-Preis der Zivilgesellschaft 2015: fünf Organisationen für Armutsbekämpfung ausgezeichnet

zu stehen, ist für unsere Mitarbeiter eine Anerkennung ihrer Arbeit.“

### Y-Stiftung (Finnland)

„Diese Art von Anerkennung auf europäischer Ebene ist als große Motivation für unsere Mitarbeiter sehr wichtig für uns. Auch national ist sie wichtig und gut für uns, da unsere Arbeit so auch in Finnland stärker bekannt wird. Der Preis zeichnet uns unter den in Finnland in diesem Bereich tätigen Stiftungen und NRO aus.“

### Preisträger des 2. Preises A.N.D.E.S. (Frankreich)

„In unserer Organisation arbeiten Menschen, die von ihrer Arbeit überzeugt sind; wir sind ein Team, das partnerschaftlich mit Basisorganisationen zusammenarbeitet, die von Freiwilligen unterstützt werden. Wir arbeiten mit Kleinbauern, Empfängern von Nahrungsmittelhilfe und Menschen in prekären Situationen zusammen. Für jeden und jede von ihnen bedeutet eine solche Auszeichnung viel und ist eine große Anerkennung – eine europäische Anerkennung für alle Mitarbeitenden!“

### Third Age (Irland)

„Die Auszeichnung mit dem Preis der Zivilgesellschaft wird es uns ermöglichen, unsere Arbeit und unser Modell einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Falthe isteach hat eine wirksame Lösung für die Unterstützung von Migranten gefunden, um die Qualität ihres sozialen und beruflichen Lebens sowie ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu geben, dauerhafte Freundschaften zu schließen. Der Preis der Zivilgesellschaft wird uns dabei unterstützen, dieses einfache aber wirksame Konzept mit vielen weiteren Bevölkerungsgruppen in Irland und möglicherweise EU-weit zu teilen.“

### Stiftung für gegenseitige Hilfe BARKA (Polen)

„Durch die Auszeichnung mit dem Preis wird die Rolle von BARKA bei der Entwicklung der Sozialwirtschaft auf der internationalen Ebene erheblich gestärkt. Vor Kurzem traten NRO und Einrichtungen aus Mazedonien und Serbien an die Stiftung BARKA heran und bekundeten ihr Interesse an dem polnischen System für den Aufbau lokaler Partnerschaften, die Einrichtung sozialer Integrationszentren und von Sozialunternehmen in ihrem Umkreis. Zudem arbeitet BARKA mit der afrikanischen Diaspora in Europa sowie mit lokalen Gruppen in Kenia und Äthiopien zusammen.“ (sg) ●



Informationsreise des EWSA nach Griechenland – Notaufnahmезentrum in Idomeni

## Bewaltung der Flüchtlings- und Migrationskrise: zwölf Informationsreisen des EWSA bis Februar

Im Rahmen seiner Bemühungen zur Bewaltung der Flüchtlingskrise in Europa organisiert der EWSA eine Reihe von Besuchen in insgesamt 12 Länder, um aus erster Hand Informationen von Organisationen der Zivilgesellschaft einzuholen, die vor Ort mit Migranten und Flüchtlingen arbeiten. Die von Dezember 2015 bis Februar 2016 stattfindenden Besuche dienen dazu, Informationen zu sammeln, um mögliche Strategien zur Bewaltung des Fluchtlingszustroms zu ermitteln und bewährte Verfahren und Maßnahmen herauszuarbeiten, die zu einer nahtlosen Aufnahme, Umsiedlung und/oder Integration von Flüchtlingen beitragen können. Mit den zum *Going-Local*-Programm des Ausschusses gehörenden Informationsreisen sollen die Probleme und

Bedürfnisse sowie die Erfolge und bewährten Verfahren der verschiedenen in der aktuellen Flüchtlingskrise aktiven Organisationen ermittelt werden.

Ihr Zweck besteht in einem fundierten und gut dokumentierten Beitrag zur Politikgestaltung in der EU als Folgemanahme zur EWSA-Stellungnahme zum Thema *Europäische Migrationsagenda: Zweites Umsetzungspaket*. Die aus drei EWSA-Mitgliedern bestehenden Delegationen haben bereits Osterreich, Schweden, Griechenland, Ungarn und Deutschland besucht. Kroatien und Slowenien wurden in der ersten Hälfte des Monats Januar besucht, während Italien, Polen, Malta, Bulgarien und die Türkei in den kommenden Wochen an der Reihe sind. (mm) ●



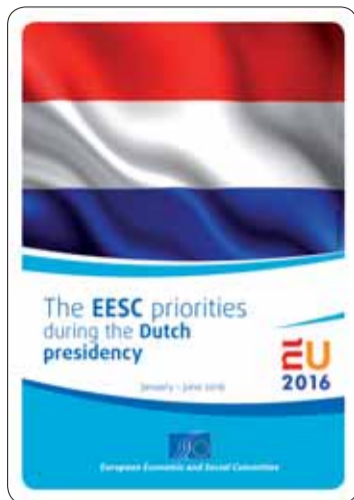
# Niederländischer EU-Ratsvorsitz: Konzentration auf das Wesentliche

Am 1. Januar 2016 übernehmen die Niederlande von Luxemburg den EU-Vorsitz. Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union wird keine leichte Aufgabe sein – gerade in Zeiten der Spannungen aufgrund des massiven Zustroms von Flüchtlingen und Migranten, der Bedrohung durch Terroranschläge, der historisch geringen öffentlichen Unterstützung für die EU und dem anstehenden britischen Referendum.

„Eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert, eine Union, deren Schwerpunkt auf Wachstum und Arbeitsplätze durch Innovation liegt, und eine Union, die Kontakte zur Zivilgesellschaft knüpft“ werden die Leitprinzipien des niederländischen Ratsvorsitzes mit folgenden Prioritäten sein:

- **Migration und internationale Sicherheit;**
- **Europa als innovative Kraft, die Arbeitsplätze schafft;**
- **solide Finanzen und ein stabiles Euro-Währungsgebiet;**
- **eine zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik.**

Der EWSA begrüßt den Schwerpunkt der niederländischen Regierung auf Wachstum und Arbeitsplätzen. EWSA-Präsident Georges Dassis begrüßte außerdem die Forderung der niederländischen Regierung nach einer „verbindenden Union“ und ihre Betonung grundlegender Werte und der Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung und vor allem die Notwendigkeit der „aktiven Einbeziehung der Bevölkerung und der zivilgesellschaftlichen Organisationen“. „Wenn sich der niederländische Ratsvorsitz diesem Ziel verschreibt und den Vorsitz in diesem Geiste führt, sich dafür einsetzt, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft gehört werden, dann wird unser Ausschuss selbstverständlich nicht nur zugänglich auf alle an ihn gerichteten Stellungnahmeersuchen reagieren, sondern der Ratsvorsitz wird in diesem Ausschuss auch einen seiner stärksten Verbündeten finden.“ (Siehe Broschüre zu den *Prioritäten des EWSA während des niederländischen EU-Ratsvorsitzes – Januar bis Juni 2016*).



Der niederländische Ratsvorsitz hat den EWSA um mehrere Sondierungsstellungnahmen ersucht:

- Die externe Dimension der Energiepolitik der EU
- Nachhaltigere Lebensmittelsysteme
  - Ein Nachhaltigkeitsforum der europäischen Zivilgesellschaft
  - Integration der Flüchtlinge in der EU
  - Armutsbekämpfung
  - Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und seine Auswirkungen auf ein existenzsicherndes Arbeitsentgelt
  - Innovation als Impulsgeber für neue Geschäftsmodelle
  - Sharing Economy und Selbstregulierung
  - Gerechtere Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU
  - Die Zukunft der EU-Städteagenda.

Diese Stellungnahmen sollen bis Frühjahr 2016 fertiggestellt sein. (dm/amw)

## TTIP – Was ist für die Sozialpartner drin?

EWSA setzt sich für konstruktiven Dialog mit Sozialpartnern ein



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, mit EWSA-Präsident Georges Dassis auf der TTIP-Konferenz

Im November 2015 lud der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Vertreter europäischer Sozialpartner zu einem Meinungsaustausch über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über die derzeit zwischen den USA und Europa verhandelt wird; Teilnehmer waren Cecilia Malmström, in der Europäischen Kommission für Handel zuständig, Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, Xavier Bettel, Premierminister von Luxemburg, und George Dassis, Präsident des EWSA, sowie weitere Vertreter. In den anschließenden Beratungen hat sich gezeigt, dass viele Fragen unbeantwortet bleiben. Die Teilnehmer forderten transparente Verhandlungen, umfassende Informationen, aus denen deutlich hervorgeht, welche Vor- und Nachteile die TTIP hat – und eine stärkere Einbindung der Sozialpartner.

Präsident Georges Dassis umriss seine Vorstellungen von einer akzeptablen Vereinbarung mit den USA wie folgt: „Meiner Meinung nach muss eine erfolgreiche TTIP kleinen und mittelständischen Betrieben ebenso wie Großunternehmen in den USA und in Europa wirtschaftliche Chancen bringen. Sie muss Arbeitsplätze sichern und die Entstehung neuer Arbeitsplätze stimulieren, und zwar unter Wahrung der Arbeitnehmerrechte, des Sozialschutzes und des sozialen Dialogs. Da sie von den zwei größten Wirtschaftsböcken getragen wird, sollte sie weltweit Maßstäbe in Sachen Umweltschutz und Sozialstandards setzen. Es steht also viel auf dem Spiel und es ist wichtig, die Sozialpartner einzubinden. Dieses Abkommen muss

auf einer Sozial- und Nachhaltigkeitsagenda fußen – eine Absenkung unserer Standards werden wir nicht hinnehmen.“

**Jacek Krawczyk** fügte hinzu: „Das Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung muss ein vernünftiges Verfahren für die Überwachung durch die Zivilgesellschaft enthalten. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Überwachung der Umsetzung der TTIP ist von zentraler Bedeutung.“

**Gabriele Bischoff** betonte, dass Zahl und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze entscheidend sind. „Wir müssen in der Lage sein, die Vorteile und Risiken gegeneinander abzuwägen, und die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die negativen Folgen geringzuhalten.“

Für **Luca Jahier** sind die TTIP-Verhandlungen, „die transparentesten Verhandlungen, die die EU je geführt hat“. (sma)

# Der EWSA begrüßt die Luftverkehrsstrategie der Europäischen Kommission und drängt auf ihre Umsetzung

Die Luftfahrt hat erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Das Luftverkehrssystem schafft Vorteile über die unmittelbare Luftfahrtindustrie hinaus. Der Luftverkehrssektor hat nahezu 2 Mio. Beschäftigte und leistet einen Beitrag von 110 Mrd. Euro zur europäischen Wirtschaft.

Die Europäische Kommission führt in ihrer Luftverkehrsstrategie für Europa vier Hauptprioritäten an: Etablierung der EU als einer der führenden Akteure im internationalen Luftverkehr bei gleichzeitiger Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen, Überwindung der Beschränkungen für das Wirtschaftswachstum in der Luft und am Boden, Wahrung hoher EU-Standards in den Bereichen **Sicherheit, Gefahrenabwehr, Umweltschutz, Sozialfragen und Fluggastrechte** sowie Erzielung von Fortschritten bei der Innovation, der Digitaltechnik und den Investitionen.

Im September 2015 hat der EWSA eine Reihe konkreter Maßnahmen beschrieben, die erforderlich sind, um zu einer **integrierten europäischen Luftverkehrspolitik** zu gelangen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, **braucht die EU eine kohärente und umfassende Strategie für die europäische Luftfahrt**, die unnötige Belastungen für das Luftfahrt-Wertenetz beseitigt, einen weltweiten Konsens über Nachhaltigkeit anstrebt und die Werte widerspiegelt, die den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen in der EU wichtig sind. „In seiner Stellungnahme nennt der EWSA sechs Bereiche, in denen Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind: Sicherheit, Vernetzung, Innovation,



© Newland / Shutterstock.com

**Nachhaltigkeit, soziale Dimension und globaler Wettbewerb. Der Schlüssel zum Erfolg wird die Umsetzung sein. Voraussetzung für den Erfolg ist die Zusammenarbeit und die Einbeziehung aller Vertreter der Wertschöpfungskette in der Luftfahrt**“, erklärte Jacek Krawczyk, Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zum Thema **Integrierte europäische Luftverkehrspolitik**.

Anne Demelenne, Berichterstatterin für die ebenfalls im September verabschiedete EWSA-Stellungnahme zum Thema **Sozialdumping in der europäischen Zivilluftfahrt**, begrüßte den Vorschlag der Europäischen Kommission, die soziale Agenda zu stärken und hochwertige Arbeitsplätze im Luftverkehrssektor zu schaffen. Sie betonte jedoch, dass mehr zur Bekämpfung von Sozialdumping getan werden müsse. (sg)

## Opferrechte – jetzt Realität in der EU



Kathleen Walker Shaw, Berichterstatterin des EWSA zur EU-Opferschutzrichtlinie, Maggie Hughes und Levent Altan, Geschäftsführer von Victim Support Europe

Am 19. November 2015 fand im EWSA eine Debatte über die Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie im Beisein von Maggie Hughes statt. Sie ist die Mutter von Robbie, der in Griechenland Opfer eines schweren Angriffs wurde und lebenslange Hirnschädigungen davontrug. Als sie erkennen musste, dass sie und ihr Sohn keinerlei Hilfe, Unterstützung und Beratung erhalten würden, beschloss sie, den Kampf um die Rechte von Opfern aufzunehmen.

Ihr Kampf führte dazu, dass sie 2012 mit Unterstützung durch den EWSA auf die EU-Rechtsetzung im

Interesse von Verbrechenopfern in der Union Einfluss nehmen konnte. Die Opferschutzrichtlinie soll in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden, und die Bürger sollten ihr Recht auf Einzelfallprüfung und respektvolle Behandlung, auf für die Opfer verständliche Informationen über ihre Rechte und ihren Fall und das Recht auf Zugang zu Opferunterstützung und Opferschutz einklagen können.

Walker Shaw, die EWSA-Berichterstatterin für die Richtlinie, war die Erste, die den Fall von Robbie Hughes 2011 bei einer Anhörung im EWSA den anderen europäischen Institutionen bekannt machte. Sie zeigte sich zufrieden mit der Richtlinie zur Unterstützung und zum Schutz bedürftiger Bürger und teilte mit, sie wolle die Umsetzung in den Mitgliedstaaten weiterhin überwachen, damit diese Rechte eine praktische Realität werden.

Maggie Hughes bestätigte, dass die neuen Rechte den Bürgern in ganz Europa letztendlich den angemessenen Schutz gewähren, den Opfer von Verbrechen benötigen, während Levent Altan, Geschäftsführer von Victim Support Europe, die Anstrengungen seiner Organisation hervorhob und die Mitgliedstaaten dazu aufrief, die Opfer emotional und praktisch dabei zu unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen. (cad)

## COP21-Klimavertrag: ein hoffnungsvoller Beginn

Der Druck von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa und anderen Weltregionen scheint die Staats- und Regierungschefs endlich zu der Einsicht bewegt zu haben, dass sie einen Klimavertrag unterzeichnen und ihren Teil dazu beitragen müssen, die Erderwärmung im Vergleich zu 1990 auf unter 2°C – und idealerweise 1,5°C – zu begrenzen.

„Die Unterzeichnung des ersten globalen Klimaschutzübereinkommens überhaupt ist ein historischer Moment. Es ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in eine emissionsarme Wirtschaft“, so EWSA-Präsident Georges Dassis in einer ersten Reaktion auf das Übereinkommen von Paris. Der EWSA hat sich bereits jahrelang für Klimaschutz eingesetzt, hat die Klimaverhandlungen verfolgt und Empfehlungen für die Entscheidungsträger der EU ausgearbeitet. Nun steht er in den Startschuhen, um sich in die gemeinsamen Anstrengungen zur Rettung unseres Planeten einzubringen.

### Umsetzung des Übereinkommens von Paris – die Zivilgesellschaft will das Steuer in die Hand nehmen

Vielorts in Europa und weltweit haben zivilgesellschaftliche Organisationen die Nachhaltigkeitswende bereits in Angriff genommen. Sie tragen wesentlich dazu bei, Maßnahmen voranzubringen und den Wandel hin zu einer Niedrigemissionswirtschaft zu



Georges Dassis, EWSA-Präsident, mit Diskussionsteilnehmern auf der Pariser Klimakonferenz (COP21)

beschleunigen. Ihre Erfahrungen und Mitwirkung sind in jedem Fall unverzichtbar, um die Beschlüsse von Paris durchzuführen.

Die internationale Gemeinschaft muss die Dynamik dieses epochalen Vertragsabschlusses nutzen, um das Übereinkommen in konkrete Taten umzusetzen. (sma)



# GAP: Vereinfachung erfordert gesunden Menschenverstand

EWSA drängt in seiner Stellungnahme auf weniger Bürokratie für Landwirte

© Kirill Trubitsyn / Shutterstock.com



Der EWSA begrüßt es, dass die Europäische Kommission die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu ihrer Priorität erklärt hat. Mehr Transparenz und Rechtssicherheit sollten Hand in Hand mit einer Verringerung des Verwaltungsaufwands für Landwirte, andere Nutznießer, Erzeugerorganisationen und nationale Verwaltungen gehen. Eine vereinfachte GAP muss so schnell wie möglich umgesetzt werden, und die Landwirte sollten die notwendige Informations- und bildungsbezogene Unterstützung erhalten.

Im Zeitraum 2014-2020 wird die GAP 38% des EU-Jahreshaushalts ausmachen. Wichtig sind präzise Vorschriften, welche die Nutzung dieses Geldes regeln, wobei eine Überregulierung zu vermeiden ist. Aus einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Evaluierung geht hervor, dass im Zuge der letzten GAP-Reform der Verwaltungsaufwand zwischen 15% und 20% gestiegen ist.

Der EWSA empfiehlt, Vorschläge auf der Grundlage der vom Rat (Landwirtschaft) und der vom Ratsvorsitz erstellten Prioritätenliste zu Vereinfachungsmaßnahmen vorzulegen. Der Ausschuss hält es für besonders wichtig, die Kohärenz der derzeitigen Erfordernisse zu prüfen, darunter auch ihre Auswirkungen auf die Umwelt, Lebensmittelsicherheit, Verfügbarkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen. Auf diese Weise sollte festgelegt werden, welche Anforderungen notwendig sind und welche angepasst oder gestrichen werden müssen. Er empfiehlt einen Bürokratieabbau dadurch, dass bestehende Vorschriften gestrichen werden können, wenn neue erlassen werden.

Der EWSA begrüßt die Entwicklung hin zu stärker auf Umweltfreundlichkeit ausgerichteten Direktzahlungen als Teil der Agrarreform, fordert jedoch zugleich mehr Flexibilität bei der Anwendung der Ökologisierungsbestimmungen, um unerwartete externe Faktoren wie Wetterbedingungen, Dürren oder Preisschwankungen, wodurch die Durchführung der Maßnahmen unvernünftig oder unmöglich wird, einzukalkulieren.

Es wird allgemein akzeptiert, dass eine Nichteinhaltung sanktioniert werden muss. Allerdings müssen Kontrollen und etwaige Geldbußen in einem angemessenen Verhältnis zu den von den Begünstigten erhaltenen Beträgen und zu dem Ausmaß ihrer Nichteinhaltung stehen.

Die Stellungnahme wurde auf der Dezember-Plenartagung mit 196 gegen 9 Stimmen bei 26 Enthaltungen verabschiedet. (sma) ●

## IN KÜRZE IM EWSA

Your Europe, Your Say! 2016 – EWSA – 17.-19. März 2016

Die Jugend hat das Wort



Zum siebten Mal in Folge ergreift der EWSA als Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft die Initiative, um Meinungen, Erfahrungen und Ideen der jüngeren Generation in die Öffentlichkeit zu tragen.

Der EWSA lädt Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren aus der gesamten EU nach Brüssel ein, um über das wichtige Thema **Migration** zu debattieren. Erstmals sollen auch Teilnehmer aus den fünf Bewerberländern (Albanien, Türkei, Montenegro, Serbien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) mit von der Partie sein.

Die Flüchtlingskrise hat große menschliche Gesten und Solidarität in der europäischen Öffentlichkeit ausgelöst. Die Zuwanderungspolitik ist zwar Sache der staatlichen Organe, allerdings erfordert die Integration auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft, zum Beispiel am Arbeitsplatz, in den Schulen und in der örtlichen Gemeinschaft.

Pro Land wird eine Schule ausgelost, die je drei Schüler und einen Lehrer nach Brüssel entsendet. Sie sollen zusammen arbeiten, diskutieren und konkrete Maßnahmen vorschlagen, die in Schulen und Vereinen usw. durchgeführt werden könnten, um jungen Migranten bei der Integration zu helfen und für eine gute Integration vor allem der jungen Flüchtlinge zu werben.

Die Schüler werden Gelegenheit haben, sich auf die Veranstaltung und die Diskussionen in Brüssel mit Hilfe von EWSA-Mitgliedern vorzubereiten, die die ausgewählten Schulen besuchen werden, um dort die Arbeit des EWSA und dessen Standpunkt in Sachen Migration und Flüchtlingskrise vorzustellen. (fgr) ●

## NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN

ENTDECKEN SIE, WAS DER EWSA FÜR SIE TUN KANN

Die allgemeine Broschüre „Entdecken Sie, was der EWSA für Sie tun kann“ wurde nach der Neubesetzung des EWSA im Oktober 2015 aktualisiert. Die französische, deutsche und englische Fassung liegen bereits in gedruckter Form vor, die anderen Sprachen folgen in Kürze.

Exemplare der Broschüre erhalten Sie auf Anfrage unter [vipcese@eesc.europa.eu](mailto:vipcese@eesc.europa.eu).

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.publications.30561>



## KURZ NOTIERT

**EWSA-Experte für Sharing Economy vertritt den Ausschuss in Südkorea**

EWSA-Mitglied und Berichterstatter für die Sharing Economy **Bernardo Hernández Bataller** vertrat den EWSA auf dem diesjährigen Internationalen Forum für Fortschritt im Dienstleistungssektor, das am 19. und 20. November unter dem Titel „Dissemination of the Sharing Economy: Issues and Solutions“ in Südkorea stattfand. Das Forum bot allen Teilnehmern eine hervorragende Gelegenheit zum Austausch von Forschungsergebnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet des gemeinschaftlichen Konsums. Es war auch der richtige Ort für Gespräche über moderne globale Verfahrensweisen und praktikable Regulierungsmaßnahmen, die die Teilbranchen der Sharing Economy schützen und stärken. Herr Hernández Bataller war der einzige Redner, der das Thema aus europäischer Sicht behandelte, was bei den Konferenzteilnehmern auf ein sehr positives Echo stieß. Wenn Sie mehr über den Beitrag des EWSA zu dieser Thematik erfahren wollen, werfen Sie einen Blick in die EWSA-Stellungnahme *Gemeinschaftlicher oder partizipativer Konsum: ein Nachhaltigkeitsmodell für das 21. Jahrhundert*. (sg) ●



Bernardo Hernández Bataller (Dritter von links), EWSA-Mitglied, auf dem internationalen Forum für Fortschritt im Dienstleistungssektor

**Euromed-Gipfeltreffen: Dialog mit der Zivilgesellschaft des Mittelmeerraums zur Stärkung der Solidarität**

**Tunesischer Vierer-Dialog beispielhaft**

„Es ist höchste Zeit, dass die Länder des Raums Europa-Mittelmeer die in Barcelona eingegangenen Verpflichtungen endlich in die Tat umsetzen!“ So lautete der einhellige Standpunkt der Teilnehmer des 20. Euromed-Gipfeltreffens, das der EWSA 20 Jahre nach Beginn des Barcelona-Prozesses am 30. November 2015 veranstaltete.

„Die Stabilisierung und Sicherung der Region muss Hand in Hand mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gehen. Die Sicherheit der Menschen muss bei allen Beschlüssen im Vordergrund stehen“, so EWSA-Präsident Georges Dassis zu Beginn des Gipfels.

In einer gemeinsamen Erklärung werden bessere Bildung und mehr Chancen für junge Menschen und für Frauen aus der Region sowie die Anerkennung demokratisch verfasster Organisationen der Zivilgesellschaft gefordert. Eine weitere Forderung betrifft eine echte gemeinsame Migrations- und Asylpolitik (mehr Informationen auf dem EWSA-Internetportal).

Die Vertreter der Zivilgesellschaft verpflichteten sich, ihre Zusammenarbeit bei der Begleitung der neuen ENP fortzuführen und ihre Aktivitäten im Bereich Klimawandel im Hinblick auf die COP22-Konferenz in Marokko zu verstärken. (sma) ●

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

### Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)  
Daniela Marangoni (dm)

### Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Alun Jones (aj)  
Anne-Marie Wiersma (amw)  
Caroline Alibert-Deprez (cad)  
Daniela Marangoni (dm)  
Fabiola Giraldo Restrepo (fgr)  
Jonna Pedersen (jp)  
Milen Michev (mm)  
Siana Glouharova (sg)  
Silvia M. Aumair (sma)

### Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)

### Redaktionsschluss: 4. Januar 2016

### Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques-Delors-Gebäude,  
Rue Belliard/Belliardstraat 99,  
B-1040 Brüssel, Belgien  
Tel.: (+32 2) 546 94 76  
Fax: (+32 2) 546 97 64  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)  
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.

Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 6 500 Exemplare

Nächste Ausgabe: Februar 2016

GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER

Januar 2016 / 1



Amt für Veröffentlichungen